



Vertriebsstellen: Berlin, W. u. O. 22. Rudolfstr. 10. ...

Berliner Morgenblatt

Nr. 468 * Berlin A Nr. 254

und Handels-Zeitung

Samstag, 4. Oktober 1919

Die Ernennung Schiffers und Kochs vollzogen.

Belegung des Ministeriums für Wiederaufbau in den nächsten Tagen.

Auf Vorschlag des Reichstanzlers hat der Reichspräsident auf Grund des Art. 65 der Verfassung den Abgeordneten, Reichsminister a. D. Schiffer zum Reichsminister der Justiz, den Abgeordneten Oberbürgermeister Koch-Gaebel zum Reichsminister des Innern...

Nach dieser Meldung, die keine neuen Lasten bringt, hat sich Oberbürgermeister Koch nun doch entschlossen, auf den ihm angetragenen Posten eines Oberbürgermeisters von Dülmen...

Oberbürgermeister Erich Koch ist vom 19. Wahlkreis Helfen-Rossum in die Nationalversammlung entsandt worden. Er wurde am

Der Aufruf der Regierung an die Truppen im Balkanum.

Berlin, 3. Oktober. (W. Z. B.) Die Reichsregierung hat an die Reichsdeutschen, die den noch im Balkanum stehenden Truppenverbänden angehören, folgenden Aufruf erlassen...

„Soldaten! Ihr habt die letzte Note der Entente wegen der Räumung des Balkanums gelesen. Darin wird den deutschen Truppen das fremde Land verlassen will, weil sie entgegen den Befehlen der Regierung dort bleiben, obwohl durch diesen Verbrechen die militärischen Vorteile der Entente drängen zu erneuertem Vormarsch, der die Befehle Frankreichs bringen soll. Führende französische Blätter, wie der 'Temps', verlangen die Inbesitznahme des Balkanums.“

Und alles das, was ein Teil der Deutschen in den baltischen Freiwilligenkorps das fremde Land nicht verlassen will, weil sie entgegen den Befehlen der Regierung dort bleiben, obwohl durch diesen Verbrechen die militärischen Vorteile der Entente drängen zu erneuertem Vormarsch, der die Befehle Frankreichs bringen soll. Führende französische Blätter, wie der 'Temps', verlangen die Inbesitznahme des Balkanums.“

Die Reichsregierung wendet sich zum letzten Male direkt an das Gewissen und das landsmannschaftliche Gefühl der deutschen Soldaten im Balkanum. Sie hat sie veranlaßt, daß die deutschen Soldaten sich zu Bedingungen anwenden lassen, die nicht gehalten werden sind. Sie versteht und hat das auch der Entente gegenüber zum Ausdruck gebracht, daß darüber unter ihnen Inwillen und Empörung herrscht. Aber jetzt heißt unendlich Höheres auf dem Spiel. Ein Volk verhungert, der Rest eines Volksvermögens verkommt, wenn im Laufe dieses Monats die deutschen Truppen nicht aus dem Balkanum abziehen. Wer sich nicht mitdankend am Mute des eigenen Volkes machen will, der läßt sich die eigenen Rotenmützen, der Folge dem Befehle der Regierung, der ferner aus dem Lande zurück, in dem die deutschen Soldaten nicht mehr verloren haben. Die Regierung kann und darf im Interesse Deutschlands keinen Zweifel daran lassen, daß sie jedes ihr zu Gebote stehende Mittel anwenden wird, um die Räumung des Balkanums zu erzwingen. Aber sie hofft, dieser Schritt werde genügen, um den deutschen Soldaten zu zeigen, daß es jetzt nicht mehr um die eigene Haut und das eigene Interesse des Einzelnen geht, sondern um das ganze Volk! Die Gegner haben die Forderung aufgestellt: 'An euch ist es, zu verhindern, daß die Soldaten, die mörderischer in unseren Reihen gehandelt, als alle anderen Kriegsgewonen, wieder verbannt wird.' Folgt dem Befehle zur Heimkehr! Berlin, den 3. Oktober 1919.

Zur Reichsregierung: Der Reichstanzler: Bauer. Die Reichsregierung: Vell. Dr. David. Gruberger, Giesberts, Dr. Haber. Müller, Koste, Schilde, Schmidt.

Bern, 2. Oktober. (W. Z. B.)

Der 'Temps' schreibt zu der Frage der Räumung des Balkanums, wenn die Reichsregierung den ersten Willen und die zweite Note, die weiter zu führen für die Armee v. d. Goltz zu unterbreiten, dann werde diese Armee wohl gewungen sein, baldigt nach Deutschland zurückzukehren. Wenn aber die deutsche Regierung nur einen Willen ohne Macht oder eine Macht ohne Willen, oder wenn, was wahrscheinlich ist, sie nur den halben Willen und die halbe Macht habe, dann werde die Armee v. d. Goltz unter irgendwelchen Vorwänden und Maschierungen in den baltischen Ländern bleiben. In diesem Falle hätten die Alliierten das Recht, die ihnen notwendig erscheinenden Maßnahmen gegen eine Regierung zu unternehmen, der es an Autorität und an Mächtigkeitsgefühl fehle. Die Alliierte Goltz sei ein Bedürfnis für den ganzen Frieden, der jetzt gemacht werde. Die Schutzverträge mit Amerika und England seien noch nicht von militärischen Konventionen begleitet. Der Widerstand bestehe weiter eine Militärmacht, noch habe er Einfluss auf die Streitkräfte seiner Mitglieder. Für den Schutz Frankreichs seien daher drei Garantien notwendig: in militärischer Hinsicht müsse Deutschland erst in sich selbst und seine Erben eine Kontrolle vornehmen. Politisch müsse Deutschland eine Demokratie werden, die man von preussischem Militarismus befreien müsse, und endlich müsse Deutschland von empörten und durch den Sieg der Alliierten vergrößerten Staaten umgeben werden, damit Deutschland keine Macht finde, die ihm Hilfe leisten würde, um die durch den Friedensvertrag von Versailles aufgetragene Ordnung umzusetzen. Diese drei Garantien würden Unmögliches werden, wenn die Armee v. d. Goltz in den baltischen Ländern bleibe.

„Die 'Freiheit' weiß in ihrer geliebten Abendausgabe von einem 'Normatemplen der Gegenwart' zu berichten. In der Organisation die alle fertig zum Vorkommen und man warte nur auf einen Anstoß. Man erzeuge ihn künstlich und lade eine sogenannte 'parlamentarische Erhebung' hervorzuweisen, um unter der Maske der Aufrechterhaltung der Ordnung die Militärdiktatur zu errichten. Ein Anstoß zu neuen Willen ist auch die Hoffnung der Westmächte auf die Krise im Balkanum. Es heißt dann: „Es besteht kaum ein Zweifel, daß die Regierung nicht gehen wird, die im Balkanum wendenden reaktionären Truppen zum Gehorham zu zwingen. Der Wille selbst soll bereits geübt haben, daß er nicht gehindert zu werden, als daß die Truppen nicht in die russische Armee überlaufen, da er ihrer sonst nicht mehr Herr ist. Die gegenrevolutionären Mächte glauben nun, daß die im Balkanum weilende Truppe als schlagendes geschlossenes Heer in Deutschland einmarschieren. Dieser Einmarsch soll das Signal sein für die Einberufung in allen Eile der 'letzte gewonnenen Protokolle'.“

Es scheint dann weiter, daß die Einwohnervölker neben der Reichsregierung ein 'durchaus zuverlässiges Organ' der gegenrevolutionären Weltbewegungen seien, und weiß von kleinen 'Waffenmarken und Munitionslagern' in den Wohnungen der Führer zu berichten. Demgegenüber wird dem W. Z. B. von besserer Seite folgendes mitgeteilt: „Die Reichsregierung hat erst in den letzten Tagen wieder einen scharfen Befehl an die deutschen Truppen im Balkanum erlassen, daß ein Liebesritt deutscher Soldaten zu den Russen streng verboten ist und daß die zurzeit bei den russischen Truppen sich befindlichen Reichsdeutschen nach Deutschland zurückzuführen haben.“

2. Die Einwohnervölker, die lediglich Polizeigewalten dienen, sind nur soweit benutzbar, als es der Politik dienlich ist. Die Behauptung, all unsere Waffenwerke seien auf die Einwohnervölker verteilt, ist eine ebenso haltlose wie durchsichtige Verleumdung.

Das Programm der Deutschen in der Tschechoslowakei.

Von unserem Sonderberichterstatter Hans Vorst.

Der Staat kann nicht ohne die Deutschen, noch weniger aber gegen sie regiert werden. — Diese prägnante Forderung des 'Frager Tagblattes' drückt eine Wahrheit aus, der sich auch die tschechischen Tschechen nicht haben entziehen können. Das Ministerium Tuzar hat sich die Aufgabe gestellt, den Ausgleich mit dem Deutschen herbeizuführen, die Dinge drängen zur Entscheidung, aber das 'Was' und das 'Wie' dieser Entscheidung liegt immer noch im Dunkeln.

Es wurde schon angedeutet, daß die Situation für tschechisch-deutsche Ausgleichsverhandlungen in mehr als einer Hinsicht keineswegs günstig ist. Zunächst hat der gute Wille der Regierung innerhalb des eigenen tschechischen Volkes mit heftigen Widerständen zu kämpfen. Der tschechische Volksgeist wird man erkennen müssen, daß das Deutschland selbst durch eine unglückliche und furchtsame Politik nicht wenig dazu beigetragen hat, um solche Widerstände zu stärken. Man braucht nur an den Aramarsch-Prozess zu denken, durch den es möglich wurde, daß gerade ein Mann, der von seinen tschechischen Landsleuten wegen seiner österreichfreundlichen, verächtlichen Haltung vielfach angefeindet worden war, ein Mann, der die Gunst des Wiener Hofes genossen und jahrelang als 'ministerieller' gestanden hatte, mit einem Schlag zum Exponenten der österreichfeindlichen und tschechfeindlichen Tendenzen des tschechischen Volkes werden konnte. Und man muß sich auch seiner 'Forderungen der Deutschen Oesterreichs zur Neuordnung nach dem Kriege' erinnern, die unter Mitwirkung des Deutschen Klubs, des Deutschen Nationalverbandes im österreichischen Abgeordnetensaal, der deutschen Volksräte der einzelnen Kronländer und anderer tschechischer und aramarscher Körperschaften aufgestellt wurden, solange noch niemand von diesen deutschtschechischen Auswegen eine Vorlage der Mittelmächte für möglich hielt. Diese 'Forderungen', die auf die gänzliche Entzweiung und Germanisierung der slowakischen Völker Oesterreichs hinausliefen und natürlich nicht lange geheim blieben, haben, wie sich denken läßt, das Meiste dazu beigetragen, die tschechische öffentliche Meinung zu alarmieren. So versteht und verständlich, gerade von tschechischer Standpunkt aus, jetzt eine Politik der Reserve, welche, ist es doch menschlich begrifflich, wenn solche Tendenzen bei den weniger weiten und besonnenen Elementen sich geltend machen.

Doch haben die politischen Sünden des Deutschlands auch bemerkenswerte unangenehme Folgen internen Natur gehabt: die Politik des tschechoböhmischen Bürgertums ist zu schweren Schiffbruch erlitten, daß seine alten Führer und seine alten politischen Parteien und Organisationen gründlich disorientiert sind. Damit hängt die schon erwähnte bewundernde Zurückhaltung zusammen, der das tschechische Bürgertum anheimgefallen ist. Wenn die Deutschen die Macht, die sie im Staate repräsentieren, auch wirksam zur Geltung bringen wollen, so ist es unerlässlich, daß sich auch das tschechische Bürgertum wieder kraftvoll organisiert, und es ist erfreulich, daß solche Bestrebungen endlich wieder in Gang zu kommen scheinen. Diese Organisationspläne sind begrifflicherweise vor allem verknüpft mit dem Namen Dr. Vlodzmanns, des Mannes, der wegen seiner besonnenen und weitsichtigen Haltung während des Krieges als tschechischer 'deutschfreundlicher' Seite erfahren mußte und nach dem Umsturz zum Landeshaupmann von Deutschböhmen gewählt wurde. Die erste Aufgabe, die sich Dr. Vlodzmann nach Auflösung der tschechoböhmischen Regierung und nach seiner Rückkehr aus Wien gestellt hat, ist es, einen Volksgauesauschuß aller tschechischen Parteien Böhmens, mit Einschluß der Sozialdemokratie, zu bilden, der die grundsätzlichen tschechoböhmischen Forderungen der tschechischen Bevölkerung in gemeinsamer Tat vertreten soll. In der Zeit dürfte eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie, die ja bei den Gemeindevätern fast die Hälfte der tschechischen Stimmen auf sich vereinigt hat, in dieser Hinsicht nicht nur notwendig, sondern auch sehr wohl möglich sein, sobald der Zusammenschluß der tschechoböhmischen Parteien festgelegt ist.

Das tschechische Bürgertum hat zwar, wie schon gesagt, sein nationales Programm noch nicht einheitlich formuliert, aber die grundsätzliche Erklärung, die es einnehmen wird, ist klar, und der erste Parteitag der tschechischen Sozialdemokratie in der tschechoböhmischen Republik hat gezeigt, daß sich auf diesem Gebiet schwerlich prinzipielle Differenzen schwerwiegender Art ergeben werden.

Der tiefgehende Gegensatz, der in der nationalen Frage zwischen der deutschen Auffassung und der tschechischen besteht, läßt sich dahin bestimmen, daß die Tschechen gemeint die nationale Frage in ihrem Nationalitätenstaat lediglich als das Recht des Einzelnen und des Einzelnen zum Staat aufzufassen wissen wollen und auch die Aufgeklärten unter ihnen gemeint, nur dem einzelnen Individuum in der Minderheitsnation ein verfassungsmäßiges Recht auf Wahrung seiner